

Investitionen, Arbeit und Kaufkraft statt Dividenden sichern

Außer den Aktionären der krisengeschüttelten Deutschen Bank, dürfen sich die Anleger aller anderen im Deutschen Aktienindex (DAX) gelisteten Großkonzerne bereits jetzt auf Dividendenausüttungen von mehr als 37 Milliarden Euro im kommenden Jahr freuen. Das Handelsblatt hat nämlich auf der Grundlage von Bilanzdaten und Aussagen der Konzernvorstände Prognosen erarbeitet, die die Autoren für belastbar halten.

Demnach erwägen 18 der 30 DAX-Konzerne im kommenden Jahr die Dividende zu erhöhen. Zwar werden die Erträge dieses Jahr 15 Prozent geringer ausfallen als im Vorjahr, dennoch steigt der Anteil der Aktionärsgewinne an den gesamten Konzerngewinnen um zwei auf 42 Prozent. Mit anderen Worten: Von einem kleineren Kuchen erhalten die Aktionäre ein größeres Stück.

Die höheren Dividenden kommen zu einer Zeit, in der viel von einem Wirtschaftsabschwung die Rede ist. Und während den Kapitaleigentümern immer mehr guter Wein ausgeschenkt wird, predigen viele Unternehmen den Beschäftigten gleichzeitig Wasser. Nicht wenige Konzerne, die ihre Aktionäre auch künftig auf hohem Niveau profitieren lassen wollen, bedrohen zugleich ihre Belegschaften mit massenhaftem Arbeitsplatzabbau.

Anstatt Finanzinvestoren und anderen Anlegern ihre künftigen Profite zu garantieren, sollten die Unternehmen deshalb besser in die Zukunft investieren, um auch künftig erfolgreich zu sein. Das gilt insbesondere angesichts der aktuellen Herausforderungen durch Digitalisierung, Klimawandel und Globalisierung.

Denn wenn trotz insgesamt zurückgehender Profite hohe Gewinnausschüttungen erfolgen, zeigt das auch, dass offensichtlich kein Mangel an Kapital besteht, um Investitionen tätigen zu können. Deshalb braucht es auch keine Steuersenkungen, um Investitionen zu fördern.

Es wäre doppelt falsch, wenn sich der Bundeswirtschaftsminister mit seinen Forderungen nach einer weiteren Senkung der Körperschaftsteuer durchsetzen würde.

So würde zum einen die Steuerersparnis die zweifelhafte Dividendenpolitik der Aktiengesellschaften stützen, während die Hoffnung auf mehr Unternehmensinvestitionen auf Sand gebaut bliebe. Zum anderen fehlt das Geld dann dem Staat, der es selbst in die Hand nehmen muss, den öffentlichen Investitionsstau aufzulösen. Schließlich ist der öffentliche Investitionsbedarf, von der Bildung bis zum Wohnungsbau, nach wie vor gigantisch. Genauso brauchen wir mehr und besser bezahltes Personal in Schulen und Verwaltungen. Die durch öffentliche Investitionen ausgelöste Nachfrage, würde dann wiederum realwirtschaftliche Unternehmensinvestitionen auslösen.

Zwar blicken die Unternehmerverbände neidisch in andere Länder, in denen zuletzt die Unternehmenssteuern gesenkt wurden. Aber nur wegen niedrigerer Steuersätze verlagert kein Unternehmen seine Produktion. Viel entscheidender ist, was ein Unternehmen für sein Steuergeld erwarten darf. Und das sind vor allem eine kaufkräftige Nachfrage, gut ausgebildete Menschen und eine sichere und gut funktionierende Infrastruktur.

Investitionen und Arbeitsplatzsicherung statt Aktionärspflege – das ist das Gebot der Stunde!

**Dividendensumme der 30 Dax-Konzerne
(in Mrd. Euro)
2000 - 2020**

